

PRESSEMITTEILUNG

12.12.2011

Potsdamer Braunkohlepläne gefährden deutsche Energiewende Neues Braunkohlekraftwerk überflüssig

Potsdam, 12. Dezember 2011 – Die geplante Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg gefährdet die von der Bundesregierung beschlossene Energiewende. Vor allem der von der Landesregierung verfolgte Neubau eines Braunkohlekraftwerks steht im Widerspruch zur Energiepolitik auf Bundesebene. Dies ist das zentrale Ergebnis einer heute von der klima-allianz deutschland veröffentlichten Studie des renommierten Öko-Instituts.

Die klima-allianz deutschland appellierte an die Landesregierung, die Energiewende nicht zu hintertreiben. "Auch nach dem Atomausstieg ist ein neues Braunkohlekraftwerk für die Energieversorgung Deutschlands schlicht überflüssig. Die Braunkohleverstromung wird nach dem Energiekonzept der Bundesregierung bis 2030 drastisch zurückgehen", fasst **Hauke Hermann** vom Öko-Institut die Ergebnisse der Analyse zusammen.

Hingegen würde der Neubau eines Braunkohlekraftwerks den Ausbau der Erneuerbaren Energien blockieren. So steigt bei einem hohen Anteil erneuerbarer Energien der Bedarf an flexibler Kraftwerkskapazität, die je nach dem Ertrag aus Wind und Sonne schnell hoch- oder heruntergefahren werden kann. Träge Grundlastkraftwerke wie etwa Braunkohlekraftwerke passen in dieses System allein technisch nicht mehr hinein.

Der Neubau eines Braunkohlekraftwerks in Brandenburg gefährdet auch den Klimaschutz: Legt man die offiziellen deutschen Klimaschutzziele zugrunde, dann steht für das Land Brandenburg 2040 rechnerisch noch ein Kontingent von 12 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen zur Verfügung – allein 11,8 Millionen Tonnen würden dann aber bereits durch ein neues Kraftwerk in Jänschwalde aufgebraucht.

„Brandenburg muss sich entscheiden: Entweder es investiert seine knappen Ressourcen darin, eine extrem klimaschädliche Technologie am Leben zu erhalten. Oder es investiert politische Tatkraft, Kreativität und Fachkompetenz in den Ausbau des Energiesystems der Zukunft – beides zusammen geht nicht“, so **Mona Bricke**, Energieexpertin der klima-allianz deutschland.

Perspektive Oberhausen:

Kommunen zahlen für das starre Festhalten an der Kohle

„Ob im Ruhrgebiet, in Nordfrankreich, Polen oder England – in ganz Europa sind die klassischen Kohleregionen die ökonomischen Verliererregionen“, sagte Mona Bricke. „Starr an der Braunkohle festzuhalten, verbaut Entwicklungsperspektiven: Ruhrgebietsstädte wie Duisburg, Oberhausen oder Gelsenkirchen zahlen heute den Preis für das jahrzehntelange Festklammern an der Steinkohle – diese Fehler sollten sich in Brandenburg nicht wiederholen.“

Die Pläne der Landesregierung zum Neubau eines Kohlekraftwerks in Jänschwalde bezeichnete Bricke als „nicht nachvollziehbar“: Schon heute sei Brandenburg unter allen Bundesländern führend bei den Erneuerbaren Energien, könne das Land seinen Strombedarf unter günstigen Bedingungen bereits heute zu 100 Prozent aus Erneuerbaren gewinnen. Auch bei der Forschung und Entwicklung neuer Energietechnologien belege das Land eine Spitzenposition. „Ich verstehe nicht, wie man diese Spitzenposition gefährden kann, indem man eine Technologie des 19. Jahrhunderts zur Schicksalsfrage macht.“

.....

*Die **klima-allianz deutschland** ist das breite gesellschaftliche Bündnis für mehr Klimaschutz, getragen von 119 Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen.*

www.klima-allianz.de

*Das **Öko-Institut** zählt zu den renommiertesten Forschungseinrichtungen in Umwelt- und Energiefragen. Zu seinen Auftraggebern zählen die EU-Kommission ebenso wie das Bundeswirtschaftsministerium, das Bundesforschungsministerium oder die Hessische Staatskanzlei. Auch für Unternehmen wie BASF oder Volkswagen erstellt das gemeinnützige Institut Studien.*

www.oeko-institut.de

Dossier: Fakten und Hintergründe

Hintergrund: So widersprechen die Brandenburger Braunkohlepläne der Energiewende

>>> **Seite 3**

Behauptungen und Fakten zur Braunkohle in Brandenburg

>>> **Seite 5**

Pressekontakt:

- Mona Bricke, Referentin Energiepolitik, klima-allianz deutschland, Berlin, Tel. 0176-21668247
- Hauke Hermann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Energie & Klimaschutz, Öko-Institut, Berlin, Tel. 030/405085-380

Hintergrund:

So widersprechen die Brandenburger Braunkohlepläne der Energiewende

Die von der Bundesregierung im Juni beschlossene „Energiewende“ verbindet den Atomausstieg mit dem Ziel, die Stromerzeugung bis 2050 fast vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen. Als Zwischentappen sind klare Ziele formuliert, wie das bestehende Energiesystem umgebaut werden muss:

Um diese Zwischenziele möglichst exakt zu beschreiben, beauftragte die Bundesregierung unter anderem das Prognos-Institut und das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln mit Energieszenarien. Als Grundbedingungen „gesetzt“ waren dabei:

1. weiterhin höchste **Versorgungssicherheit**
2. wirtschaftliche **Tragfähigkeit**

Demnach ist der Fahrplan der Bundesregierung für die Energiewende unter folgenden Bedingungen umsetzbar:

- **Keine neuen Braunkohlekraftwerke:** Bis 2030 werden außer den zwei bereits im Bau befindlichen Anlagen in Neurath und Boxberg keine neuen Braunkohlekraftwerke in Deutschland gebaut.
- **Die installierte Leistung sinkt kontinuierlich:** Bis 2030 geht die installierte Leistung der Braunkohlekraftwerke durch Stilllegung alter Anlagen um 46 Prozent zurück. Im Jahr 2008 betrug die installierte Bruttoleistung noch 22 Gigawatt (GW). Bis zum Jahr 2030 geht sie auf 12 GW zurück.
- **Die Auslastung sinkt:** Während im Jahr 2008 die Braunkohlekraftwerke im Durchschnitt noch 6814 Volllaststunden erreichten, werden im Jahr 2030 nur noch 5265 Volllaststunden erreicht – ein Minus von 23 Prozent.
- **Die Stromproduktion sinkt:** Bedingt durch die zurückgehende installierte Kraftwerkskapazität und die sinkenden Jahresvolllaststunden geht die Stromproduktion der verbleibenden Braunkohlekraftwerke um 59 Prozent zurück. Im Jahr 2008 beträgt die Bruttostromerzeugung noch 151 Terawattstunden (TWh). Im Jahr 2030 nur noch 62 TWh.
- **Die Emissionen sinken drastisch:** Da die noch im Betrieb befindlichen Braunkohlekraftwerke einen etwas höheren Wirkungsgrad aufweisen als die stillgelegten Kraftwerke, vor allem aber viel weniger am Netz sein werden, sinken der Brennstoffbedarf an Braunkohle und die CO₂-Emissionen sogar um 63 Prozent.

Im Jahr 2008 betragen die Emissionen noch 159 Millionen Tonnen CO₂. Im Jahr 2030 sinken diese auf 60 Millionen Tonnen CO₂.

All diese bei der Energiewende der Bundesregierung „eingepflanzten“ Punkte stehen in diametralem Gegensatz zur Absicht der Potsdamer Landesregierung, das bestehende Kraftwerk Jänschwalde nach dem Ende seiner Lebensdauer durch einen Neubau zu ersetzen.

Braunkohle in Brandenburg:

Behauptungen und Fakten

„Deutschland kann es sich nicht leisten, auf einen preiswerten Energieträger wie die Braunkohle zu verzichten“

Fakt ist: Abbau und Verstromung der Braunkohle führen zu erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten – die bisher jedoch in keiner Bilanz auftauchen und deshalb „verschwinden“ beziehungsweise von der Allgemeinheit getragen werden. Daran wird sich künftig zumindest teilweise etwas ändern: Die Verknappung von Verschmutzungsrechten im Europäischen Emissionshandel wird auch den Braunkohlestrom Schritt für Schritt teurer machen – und sicherstellen, dass die Verursacher wenigstens einen Teil der Kosten des Klimawandels bezahlen.

Auf einem Großteil der Kosten wird die Allgemeinheit jedoch auch künftig sitzenbleiben. Nach einer Studie der Europäischen Umweltagentur belastet allein das Kraftwerk Jänschwalde infolge der massiven Luftverschmutzung durch zahlreiche Schadstoffe die Volkswirtschaft mit Folgekosten von 1,2 bis 2,0 Milliarden Euro – jährlich. Diese Kosten fallen an für Krankheitskosten oder vorzeitige Todesfälle.

Warum diese Kosten in der politischen Debatte praktischerweise dennoch „unter den Tisch fallen“, hat mit Statistik zu tun: Zwar gilt der Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung und erhöhter Morbidität und Mortalität als wissenschaftlich erwiesen. Auch statistisch ist er eindeutig nachweisbar. Dennoch ist es unmöglich, einen einzelnen Fall etwa von Lungenkrebs kausal auf die Feinstaubemissionen eines einzelnen Kraftwerks zurückzuführen. Und deshalb sind es eben „nur“ volkswirtschaftliche Kosten, sprich: die Allgemeinheit zahlt.

„Die Braunkohle sichert Arbeitsplätze“

Fakt ist: In der Brandenburger Braunkohlewirtschaft sind derzeit noch rund 5.000 Menschen direkt beschäftigt. Das sind deutlich weniger als ein Prozent aller Beschäftigten in Brandenburg. Ein abrupter Abbau der in der Braunkohlewirtschaft vorhandenen Arbeitsplätze ist jedenfalls nicht zu erwarten. Das Kraftwerk Jänschwalde besteht aus sechs Blöcken, die nacheinander stillgelegt werden können: So wird das Kraftwerk Jänschwalde frühestens ab dem Jahr 2020 vom Netz gehen. Bis dahin geht ein hoher Prozentsatz der Beschäftigten planmäßig in den Ruhestand. Für den Betrieb der Kraftwerke in Schwarze Pumpe und Boxberg (Sachsen) sowie die Rekultivierung früherer Tagebaue wären weiterhin Tausende Arbeitskräfte notwendig. Doch selbst wenn Entlassungen notwendig werden sollten – die Arbeitsplatzperspektiven der hervorragend ausgebildeten Energiefachkräfte aus der Lausitz sind angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels in Deutschland nicht schlecht.

„Ohne die Braunkohle droht der Lausitz ein abrupter Strukturwandel“

Fakt ist: Ein Strukturwandel steht der Lausitz in jedem Fall bevor – die von der Allgemeinheit getragenen Folgekosten in Form von Luftverschmutzung, Klimawandel und Landschaftszerstörung legen dies auch dringend nahe. Doch auch unabhängig davon ist es fraglich, ob sich angesichts der Systemunverträglichkeit zwischen Erneuerbaren und schwer regelbaren Braunkohlekraftwerken überhaupt ein Investor für ein neues Kraftwerk in Jänschwalde finden wird.

Wenig klug erscheint es daher, vor dem anstehenden Strukturwandel die Augen zu verschließen. Denn es bestehen exzellente Chancen, diesen Strukturwandel erfolgreich zu bestehen – bei frühzeitiger Vorbereitung und systematischer Planung. Schließlich ginge das Kraftwerk Jänschwalde frühestens in acht bis zehn Jahren vom Netz.

Der Strukturwandel wird kommen: Doch das rhetorische Beharren auf überholten Strukturen blockiert politische, kreative und ökonomische Ressourcen, die schon jetzt für die Planung der „Zeit danach“ gebraucht werden.

„Das Abschalten von Braunkohlekraftwerken bedroht die Versorgungssicherheit“

Erst vor wenigen Tagen warnte Ministerpräsident Platzeck davor, ein „Abschalten“ von Braunkohlekraftwerken gefährde die Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland.¹

Fakt ist: Niemand – nicht einmal Umweltverbände – verlangt ein vorzeitiges Abschalten aller bestehenden Braunkohlekraftwerke. Strittig ist allein die Frage, ob neue Braunkohlekraftwerke alte Anlagen ersetzen sollen, wenn diese altersbedingt vom Netz gehen. Das wird im Falle des Kraftwerks Jänschwalde nicht vor 2020 der Fall sein (und beim Kraftwerk Schwarze Pumpe sogar erst 2040).

Sicher: Ganze fünf Monate nach den Beschlüssen zur „Energiewende“ wird von zahlreichen Lobbyverbänden heftig die Gefahr von *Blackouts* beschworen. Zum Zeitpunkt, wenn die alten Braunkohlekraftwerke frühestens vom Netz gehen, in mehr als einem Jahrzehnt also, werden der Netzausbau, das Netzmanagement, die Kapazitäten der Erneuerbaren Energien und auch die Speicherkapazitäten jedoch erheblich vorangekommen sein – zumindest wenn man die bisherige Entwicklung zugrundelegt.

Für den wenig wahrscheinlichen Fall, dass es in all diesen Punkten keine Fortschritte geben sollte, gilt: Über das Abschalten vorhandener Kraftwerkskapazitäten wacht die Bundesnetzagentur. Aus Gründen der Netzsicherheit kann sie notfalls auch den Weiterbetrieb alter Kraftwerke verfügen.

¹ http://www.niederlausitz-aktuell.de/artikel_6_18308.php

„Neue Braunkohlekraftwerke sind wesentlich effizienter und damit klimafreundlicher als alte“

Fakt ist: Bei keinem anderen fossilen Energieträger wird pro Kilowattstunde Strom so viel klimaschädliches Kohlendioxid freigesetzt wie bei Braunkohle. Selbst wenn man für die modernsten Anlagen einen Wirkungsgrad von mehr als 45 Prozent veranschlagt (in der Praxis wurden solche Werte bisher noch nicht annähernd erreicht): Die Emissionen pro Kilowattstunde liegen im Vergleich zu hochmodernen Gas-Dampfdruck-Kraftwerken zweieinhalb bis drei Mal höher.

Hinzu kommt: Selbst wenn ein Neubau in Jänschwalde erheblich kleiner ausfiele als das bestehende 3000 MW-Kraftwerk – die absoluten Emissionen blieben immer noch erheblich. Das heißt, auch wenn es gelänge, die CO₂-Emissionen von „Jänschwalde neu“ gegenüber dem bestehenden Kraftwerk mehr als zu halbieren - bei Emissionen von 11,8 Millionen Tonnen CO₂ würde ein einziges Brandenburger Kohlekraftwerk im Jahr 2050 mehr als ein Siebtel des gesamten deutschen CO₂-Budgets verbrauchen.